

WEITERDENKEN

Lutz Ickstadt und Rainer Faus, pollytix strategic research

Leben in der Pandemie

Ergebnisse aus quantitativer Forschung in Nordrhein-Westfalen während der Corona-Pandemie

1. Leben in der Pandemie

Seit Frühjahr 2020 dominiert die Corona-Pandemie den Alltag der Menschen in Nordrhein-Westfalen (NRW), wie auch in ganz Deutschland. Ein Ende der Pandemie ist momentan noch nicht in Sicht. Schon jetzt ist aber klar, dass die Pandemie Auswirkungen auf die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche hat: auf das gesellschaftliche Zusammenleben, die wahrgenommene soziale Gerechtigkeit im Land sowie Bewertung und Anspruch der Bürger_innen an die Politik. In qualitativen Studien für NRW wurde bisher betont, dass sich die Corona-Pandemie wie ein Brennglas auf einige Politikfelder auswirkt (Werkmann & Wolfs 2021). Um einen repräsentativen Blick sowie Kennzahlen der etwaigen Veränderungen in der Corona-Pandemie zu gewinnen, hat das Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin eine quantitative Studie zu diesen Themen durchgeführt. Im Folgenden werden in einer Sonderauswertung für NRW die Ergebnisse der folgenden Fragen beleuchtet:

- Welche Auswirkungen hat die Corona-Pandemie auf die Stimmung in Nordrhein-Westfalen?



Lutz Ickstadt hat einen Master in Empirischer Demokratieforschung und studierte in Mainz, Gent und Lincoln. Er arbeitet als Berater bei der Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research gmbh. Hier ist er vor allem für quantitative Forschungsprojekte und Analysen verantwortlich und berät Kund_innen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu gesellschaftlichen und politischen Fragen.



Rainer Faus ist Diplom-Sozialwissenschaftler, Autor sowie Gründer und Geschäftsführer der Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research gmbh. In den vergangenen zehn Jahren hat er zahlreiche Publikationen zu politischen und gesellschaftlichen Themen veröffentlicht. Mit pollytix berät er auf Basis qualitativer und quantitativer Forschung Kunden aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft strategisch zu gesellschaftlichen und politischen Fragen.

- Wie wird die Arbeit der Bundesregierung in der Krisenzeit bewertet?
- Und welche politischen Themen spielen trotz oder gerade wegen Corona eine größere bzw. kleinere Rolle?

Um die Entwicklung während der Pandemie untersuchen zu können, braucht es verschiedene Erhebungszeitpunkte, die miteinander verglichen werden können. Die erste quantitative Erhebung fand vom 5. bis zum 20. Oktober 2020 statt. Der zweite Untersuchungszeitraum war vom 10. bis zum 22. Mai 2021. Die Grundgesamtheit bildete jeweils die wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren. Befragt wurden pro Erhebung 2.666 Personen. Davon wurden 979 Personen in der ersten Erhebung und 978 in der zweiten Erhebung in NRW befragt.

Die Daten wurden mittels einer Kombination aus telefonischer Befragung und Online-Befragung erhoben (hybrider Erhebungsansatz). Pro Untersuchungszeitraum wurden:

- 833 Personen telefonisch per Festnetzanschluss befragt (CATI, ADM-Festnetzstichprobe),
- 833 Personen telefonisch per Mobilfunkanschluss befragt (CATI, ADM-Stichprobe),
- 1000 Personen online befragt (Computer Assisted Web Interview, quotierte Stichprobenziehung aus Online-Access-Panel).

Davon aus NRW:

- 403 Personen telefonisch per Festnetzanschluss befragt (CATI, ADM-Festnetzstichprobe),
- 203 Personen telefonisch per Mobilfunkanschluss befragt (CATI, ADM-Stichprobe),

- 372 (bzw. 373 in der zweiten Erhebung) Personen online befragt (Computer Assisted Web Interview, quotierte Stichprobenziehung aus Online-Access-Panel).

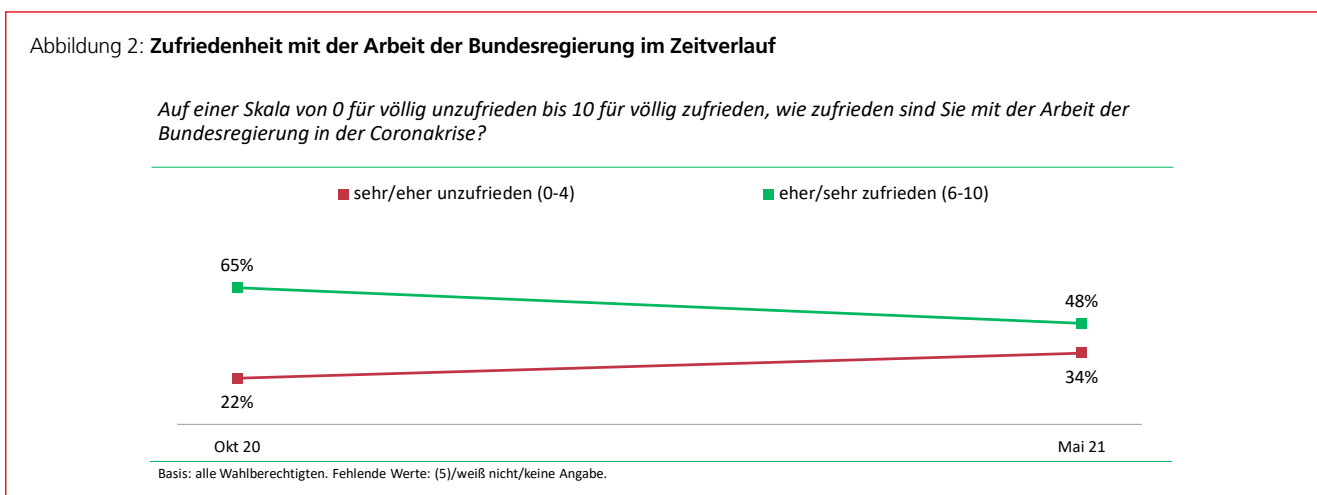
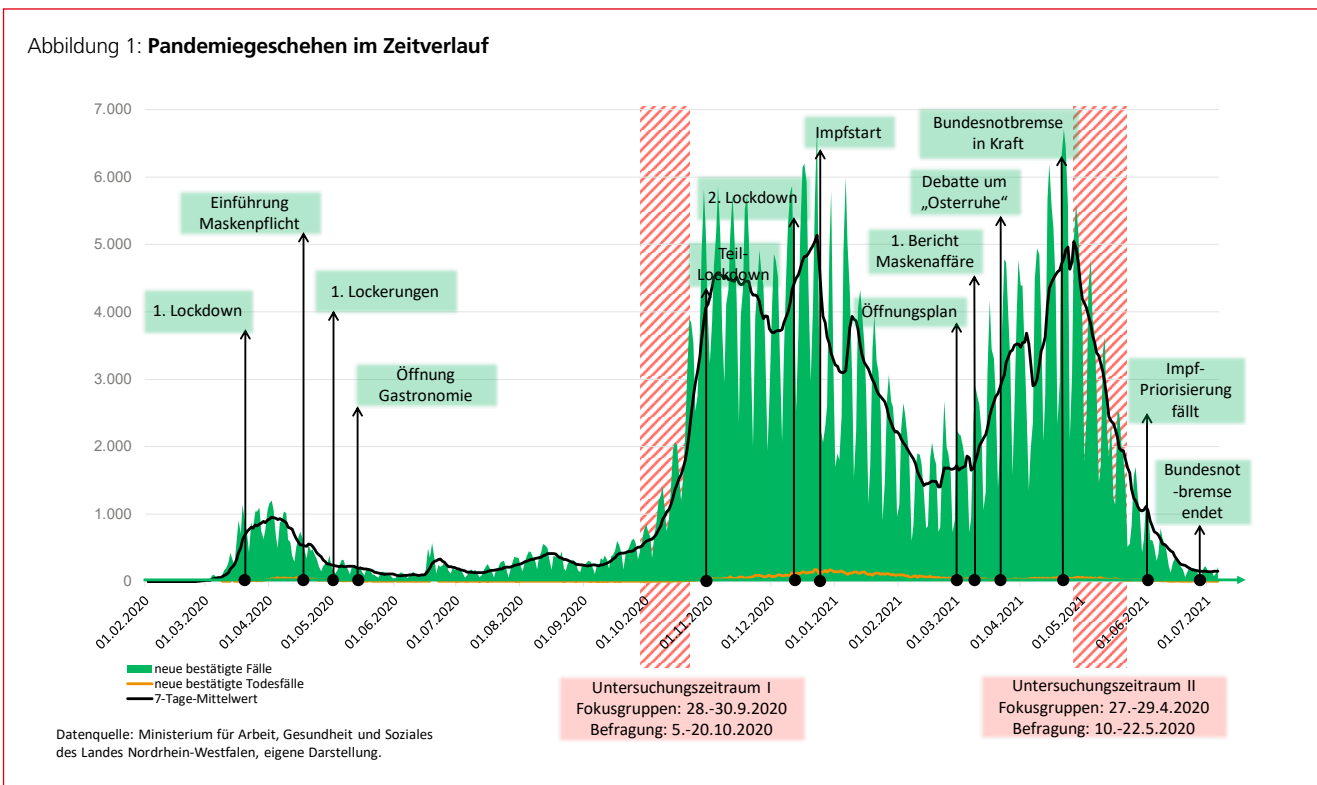
Die durchschnittliche Befragungsdauer lag bei 17 Minuten. Die Daten wurden gemäß der amtlichen Statistik gewichtet, um Repräsentativität der Ergebnisse zu gewährleisten. Bei n=978 (979) NRW-Befragten beträgt die maximale Fehlertoleranz bei einem 95%-Konfidenzintervall +/- 3,1 Prozentpunkte.

2. Stimmung in NRW im Pandemieverlauf

Die Infektionszahlen in NRW stiegen ab Mitte Oktober 2020 deutlich an. Zwar sanken die Fallzahlen zwischen Januar und Februar 2021 wieder etwas. Ab März 2021 stiegen sie aber bereits wieder an, sodass die Bürger_innen im Mai 2021 nunmehr über ein halbes Jahr mit hohen Inzidenzzahlen in ihrem Bundesland zu kämpfen hatten. Die Stimmung kippte dadurch

deutlich. Im Oktober 2020, nach Abflachen der ersten Pandemiewelle (siehe Abbildung 1) dachten viele Bürger_innen, man sei gut durch die Pandemie gekommen. So berichteten zu diesem Zeitpunkt der Pandemie Bürger_innen noch von wachsendem gesellschaftlichem Zusammenhalt, der sich bspw. in nachbarschaftlicher Kooperation ausdrückte (Werkmann & Wolfs 2021). Im Mai 2021 überwiegt hingegen der Eindruck, dass die Politik die Corona-Pandemie nicht mehr im Griff habe. Das zeigt sich vor allem in der Wahrnehmung der Regierungsarbeit in der Krise, die eng mit dem Pandemiegesehen zur jeweiligen Zeit verknüpft ist. So wird die Bundesregierung sowohl für sinkende, als auch für steigende Fallzahlen verantwortlich gemacht.

Die gewachsene Unzufriedenheit ist in Abbildung 2 dokumentiert: Die Zufriedenheit mit der Regierung ist im Zeitverlauf deutlich gesunken. Noch im Oktober 2020 waren 65 Prozent mit der Arbeit der Bundesregierung eher oder sogar sehr



zufrieden, nur 22 Prozent eher oder sehr unzufrieden. Damit waren die Bürger_innen in NRW auch zufriedener als die Bundesbürger_innen (63 Prozent zufrieden, 25 Prozent unzufrieden). Im Mai 2021 ist die Bilanz zwar immer noch leicht positiv, aber deutlich schlechter als im Oktober. Nur noch knapp die Hälfte der Bevölkerung (48 Prozent, Veränderung: -17 Prozentpunkte) ist mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden, 34 Prozent, also deutlich mehr Bürger_innen als zuvor, sind hingegen nun unzufrieden. Bundesweit zeigt sich eine ähnliche Entwicklung.

Auch der Blick auf die einzelnen Felder des Krisenmanagements der Politik verdeutlicht die eingetrübte Stimmung im Mai 2021 im Vergleich zu Oktober 2020. Mit der Sicherstellung der medizinischen Versorgung von Patient_innen besteht sowohl im Herbst als auch im Frühjahr überwiegend Zufriedenheit, wenngleich die Zufriedenheit im Mai geringer ausfällt als noch im Oktober (siehe Abbildung 3). Auch mit der Fähigkeit der Politik, die Corona-Ausbrüche in den Griff zu bekommen, zeigt sich jeweils eine Mehrheit der Bürger_innen, trotz stark unterschiedlicher Corona-Fallzahlen, zu beiden Zeitpunkten mehrheitlich zufrieden. Allerdings fällt auch hier auf, dass die Zufriedenheit seit Oktober 2020 rückläufig ist.

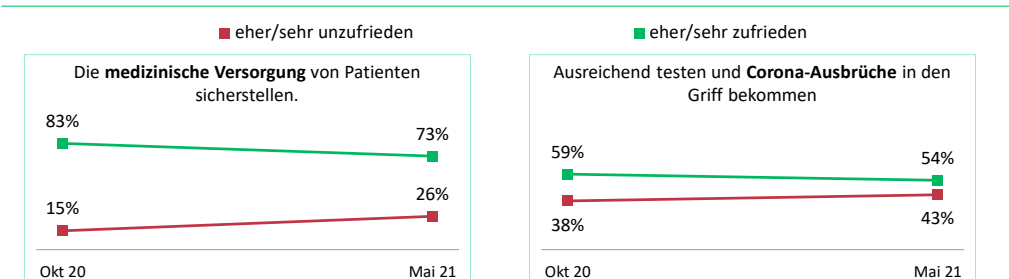
Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch bei der Bewertung der Sicherung von Arbeitsplätzen in Abbildung 4. Im Oktober waren 58 Prozent der Bürger_innen zufrieden, im Mai ist es noch eine knappe Mehrheit von 51 Prozent, die sich zufrieden zeigt, 45 Prozent sind hingegen unzufrieden.

Einen stärkeren Einbruch erfährt die Bewertung des Krisenmanagements bezüglich der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Im Oktober waren noch 68 Prozent zufrieden mit der Arbeit der Politik, die Wirtschaft am Laufen zu halten, 30 Prozent waren unzufrieden. Im Mai halten sich Zufriedenheit und Unzufriedenheit ungefähr die Waage.

Auch bei der Bewertung der Staatsverschuldung zeigt sich ein deutlich negativer Trend. Während im Oktober noch eine knappe Mehrheit von 50 Prozent zufrieden war, zeigt sich nach mehreren Monaten Lockdown, explodierenden Kosten für Soforthilfen und gesunkenen staatlichen Einnahmen im Mai 2021 eine gestiegene Unzufriedenheit: 49 Prozent der Bürger_innen sind unzufrieden und nur noch 42 Prozent zufrieden mit der Arbeit der Politik, die Staatsverschuldung unter Kontrolle zu halten.

Abbildung 3: Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement im Zeitverlauf – Medizinische Versorgung und Corona-Ausbrüche

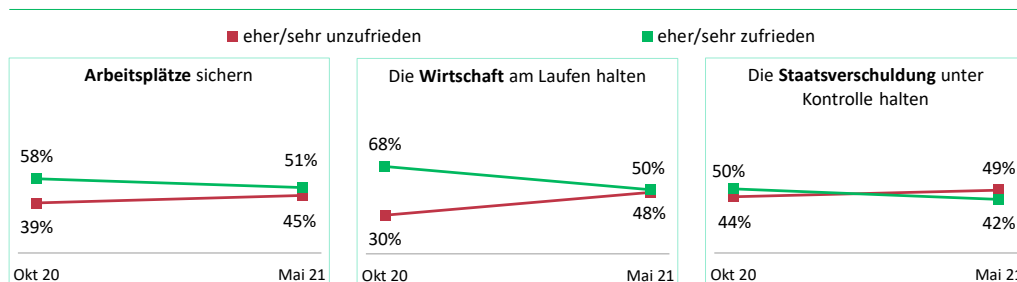
Wie zufrieden sind Sie aktuell mit der Arbeit der Politik in den folgenden Bereichen?



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

Abbildung 4: Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement im Zeitverlauf – Arbeitsplätze, Wirtschaft, Staatsverschuldung

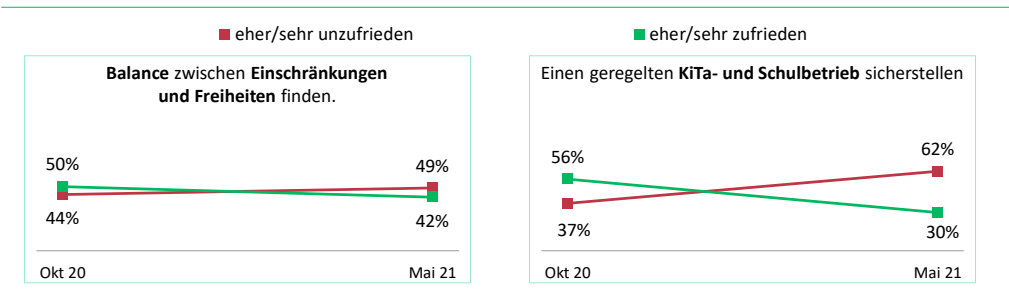
Wie zufrieden sind Sie aktuell mit der Arbeit der Politik in den folgenden Bereichen?



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

Abbildung 5: Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement im Zeitverlauf – Einschränkungen, Kitas und Schulen

Wie zufrieden sind Sie aktuell mit der Arbeit der Politik in den folgenden Bereichen?



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

In Abbildung 5 zeigt sich wie auch bei der Staatsverschuldung inzwischen eine Mehrheit bei der Leistung der Politik, eine gute Balance zwischen Einschränkungen und Freiheiten zu finden, unzufrieden. Bereits im Oktober 2020 wurde nur von einer knappen Mehrheit (50 Prozent) die Arbeit positiv bewertet. Im Frühjahr 2021, also nach langen Phasen des Lockdowns und Verschärfungen der Maskenpflicht und Kontakteinschränkungen, sind es nur noch 42 Prozent. 49 Prozent bescheinigen der Politik im Mai 2021 eher schlechte Arbeit bei der Suche nach der richtigen Balance. Im Vergleich zur bundesweiten Bewertung fällt auf, dass die Bewertung der Balance zwischen Einschränkungen und Freiheiten bereits im Oktober 2020 in NRW deutlich schlechter bewertet wurde als im Bund (NRW 50 Prozent zufrieden, 44 Prozent unzufrieden; Bund 62 Prozent zufrieden, 35 Prozent unzufrieden). Im Mai 2021 ist die Unzufriedenheit in NRW und im Bund in etwa auf demselben Niveau. Ebenso wie bei den übrigen Bewertungen.

Die drastischste Verschlechterung erfährt die Bewertung der Regelung des Kita- und Schulbetriebs im Pandemieverlauf. Im Herbst 2020 war ein großer Teil der Schulen mit Maskenpflicht (in NRW zu Beginn sogar im Unterricht, später dann nur noch im Gebäude) und Lüftungsplänen, wieder zum Regelbetrieb übergegangen. Auch Kitas waren in NRW wieder geöffnet. Obwohl durch lokale Ausbrüche einzelne Kitas oder ganze Schulklassen immer wieder temporär in Quarantäne mussten, zeigte sich im Oktober eine Mehrheit von 56 Prozent zufrieden mit der Arbeit der Politik im Bereich Kita- und Schulbetrieb. In

einer qualitativen Studie aus dem Januar 2021 zeigte sich bereits, dass große Unzufriedenheit im Bereich Schulen herrschte. Hier wird insbesondere die Frustration betont, die bei den Bürger_innen vorherrsche, da die Politik scheinbar nichts aus dem vorherigen Lockdown im März 2020 gelernt habe (Werkmann & Wolfs 2021). Auch uneinheitliche Regelungen tragen zu dieser Frustration bei. Im Mai 2021 sind es dann in der quantitativen Befragung auch nur noch 30 Prozent der Bürger_innen, die mit der Kita- und Schulpolitik zufrieden sind. 62 Prozent sind hingegen sehr oder eher unzufrieden. Diese Unzufriedenheit wird nicht nur von Eltern, sondern von der breiten Gesellschaft vorgetragen.

3. Der Blick über das Pandemiegeschehen hinaus – was jetzt wichtig wird

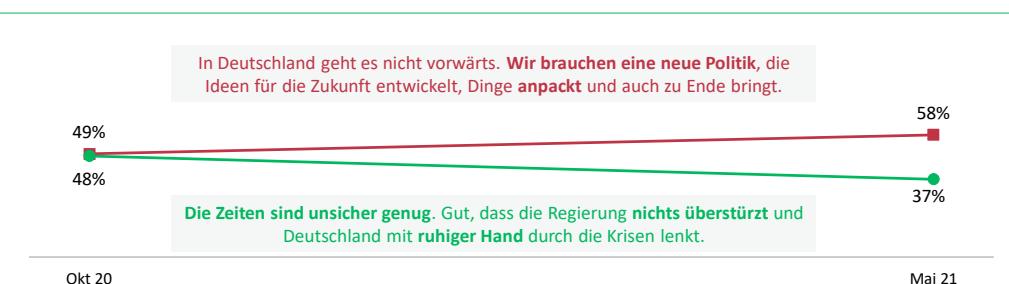
Wunsch nach „anpackender Politik“

Die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung und dem Corona-Krisenmanagement führen zu einem deutlich stärkeren Wunsch nach einer anpackenden Politik mit Plan und Weitsicht, wie Abbildung 6 zeigt. Den Befragten wurden zwei Sichtweisen präsentiert: Braucht es eher eine Regierung mit ruhiger Hand – oder eine verändernde, anpackende Politik?

Während im Oktober die Präferenzen fast gleichauf liegen (49 bzw. 48 Prozent), zeichnet sich im Mai 2021 ein deutlich anderes Bild ab. 58 Prozent stimmen jetzt eher der Sichtweise zu,

Abbildung 6: Präferierter Politikstil im Zeitverlauf

Welcher Sichtweise stimmen Sie eher zu?



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

dass es eine neue Politik brauche, die Ideen für die Zukunft entwickelt, Dinge anpackt und zu Ende bringt. Damit stimmen die repräsentativen Ergebnisse hier mit den Ergebnissen der qualitativen Studien in NRW überein, dass eine Optimierung des status quo nicht genügen wird, um den Problemen unserer Zeit gerecht zu werden (Sobieraj 2021). Nur 37 Prozent sind der Ansicht, dass die aktuelle Regierung gut, mit ruhiger Hand und nichts überstürzend durch die Krise lenkt. Dies kann aber auch mit der gestiegenen Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement zusammenhängen.

Investitionsbereitschaft vorhanden – auch oder gerade in Krisenzeiten

Überträgt sich der Wunsch nach einer stärker anpackenden Politik auch auf den Wunsch nach mehr Investitionen?

Abbildung 7 zeigt, dass vor der Krise¹ eine relative Mehrheit Ausgaben und Steuern ungefähr so belassen würde, wie sie sind. 41 Prozent befürworten mehr für Soziales, Bildung und Infrastruktur auszugeben, auch wenn dafür Steuern erhöht werden. Lediglich 12 Prozent finden, dass weniger für Soziales, Bildung und Infrastruktur ausgegeben werden sollte und dafür Steuern gesenkt werden. Im Oktober 2020, also während der Corona-Pandemie, zeigt sich im Vergleich zu Vor-

krisenzeiten ein leichter Rückgang der Bereitschaft zu mehr Steuern und ein stärkerer Wunsch, dass keine Mehrbelastungen hinzukommen. Im Mai 2021 ist die Bereitschaft, Steuererhöhungen und gleichzeitig mehr Investitionen mitzutragen, wieder minimal erhöht. Die Präferenz, weniger für Soziales, Bildung und Infrastruktur auszugeben, erreicht ebenfalls wieder das Vorkrisenniveau.

Der Vorschlag Steuererhöhungen nur für Einzelne anzusetzen wird hingegen, wie Abbildung 8 zeigt, von einer breiten Mehrheit der Bürger_innen befürwortet. Bei der Frage, wie mit den durch die Corona-Krise entstandenen Staatsschulden am besten umgegangen werden soll, spricht sich im Mai 2021 eine klare Mehrheit von 69 Prozent für Steuererhöhungen exklusiv für Reiche aus. 16 Prozent halten es hingegen für die beste Lösung, die Staatsschulden zu einem späteren Zeitpunkt zu bezahlen. Nur 8 Prozent sehen das Kürzen von Sozialausgaben als die beste Lösung an.

Aktuelle Themen zum Anpacken

Die Bürger_innen wünschen sich also eine anpackende Politik, die stärker investieren soll. In welchen Bereich wünschen die Bürger_innen die Investitionen?

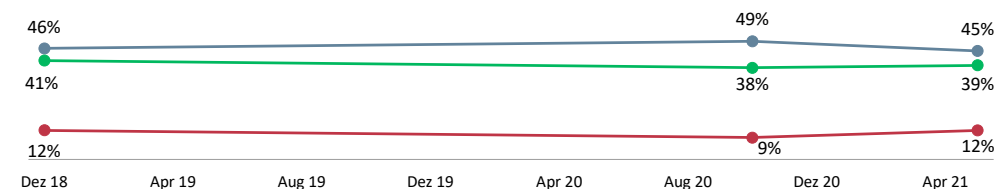
Abbildung 7: Investitionen vs. Steuersenkungen im Zeitverlauf

Finden Sie Deutschland sollte, ...?

... Ausgaben und Steuern **ungefähr so belassen**, wie sie sind.

... **mehr für Soziales, Bildung und Infrastruktur ausgeben und dafür Steuern erhöhen.**

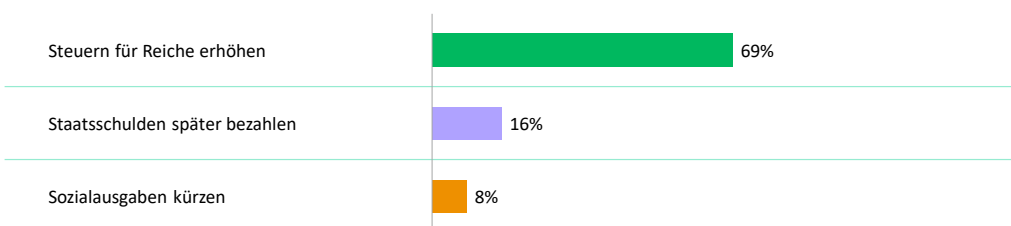
... **weniger für Soziales, Bildung und Infrastruktur ausgeben und dafür Steuern senken.**



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

Abbildung 8: Umgang mit erhöhten Staatsschulden

In der Coronakrise hat Deutschland neue Schulden aufgenommen. Wie sollten mit den erhöhten Staatsschulden Ihrer Meinung nach umgegangen werden?



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.
Datengrundlage: Mai 2021.

¹ Datengrundlage ist hier für alle Angaben mit dem Zeitraum 2018 die Studie „Das pragmatische Einwanderungsland“ (Faus/Storks 2019) in der die Frage bzw. Aussage in gleicher Weise gemessen wurde.

An erster Stelle wünschen die Bürger_innen Investitionen in Pflege und Gesundheit. 44 Prozent der Befragten sehen dies als wichtigsten Bereich an, in den die Politik investieren soll. Das verwundert in Zeiten einer globalen Gesundheitskrise wenig. Als zweitwichtigsten Bereich sehen die Bürger_innen Schulen mit 39 Prozent. Wie bereits thematisiert wurde, hat die Pandemie im Bereich Schulen und Bildung offengelegt, dass hier Nachholbedarf besteht.

Rente und Wohnraum sehen 30 bzw. 28 Prozent als nächste wichtigste Bereiche. Gefolgt von Digitalisierung sowie Energie- und Verkehrswende (24 bzw. 23 Prozent). Deutlich weniger Bedeutung wird der sozialen Absicherung von Arbeitslosen beigemessen (11 Prozent).

Mit Blick auf die Zufriedenheit in den verschiedenen politischen Aufgabenbereichen wird deutlich, dass Themen gesehen werden, bei denen der Staat seinen Aufgaben nicht ausreichend nachkommt und dementsprechend dort der Wunsch nach Investitionen hoch ist. So verwundert es wenig, dass die Themen Rente, Wohnraum, Energie- und Verkehrswende sowie Digitalisierung jeweils wichtige Bereiche sind, in denen

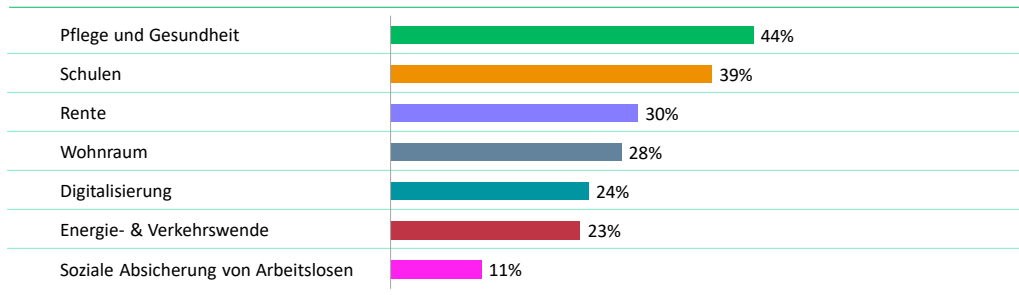
Investitionen gewünscht werden. Wie in Abbildung 10 zu sehen ist, ist die Unzufriedenheit in den jeweiligen Bereichen besonders stark ausgeprägt.

In den Bereichen Schulen sowie Pflege- und Gesundheitssystem halten sich gute und schlechte Bewertungen die Waage. Lediglich bei der Absicherung von Arbeitslosen wird mehrheitlich eine gute Erfüllung der staatlichen Aufgabe gesehen. Das kann ggf. auch die geringe Dringlichkeit des Themenbereichs in Abbildung 9 erklären.

Die wahrgenommene Erfüllung der Aufgaben durch den Staat ist analog zur Bewertung des Corona-Krisenmanagements vom ersten Untersuchungszeitraum zum zweiten Untersuchungszeitraum gesunken (siehe Abbildung 11). Lediglich bei der Absicherung Arbeitsloser sowie bei der Sicherstellung des Lebensstandards von Rentner_innen gibt es kaum Veränderungen. Die Bewertungen des Pflege- und Gesundheitssystems, die Schulausbildung, Energie- und Verkehrswende, Digitalisierung und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums sind hingegen alle rückläufig.

Abbildung 9: **Wichtigster Investitionsbereich**

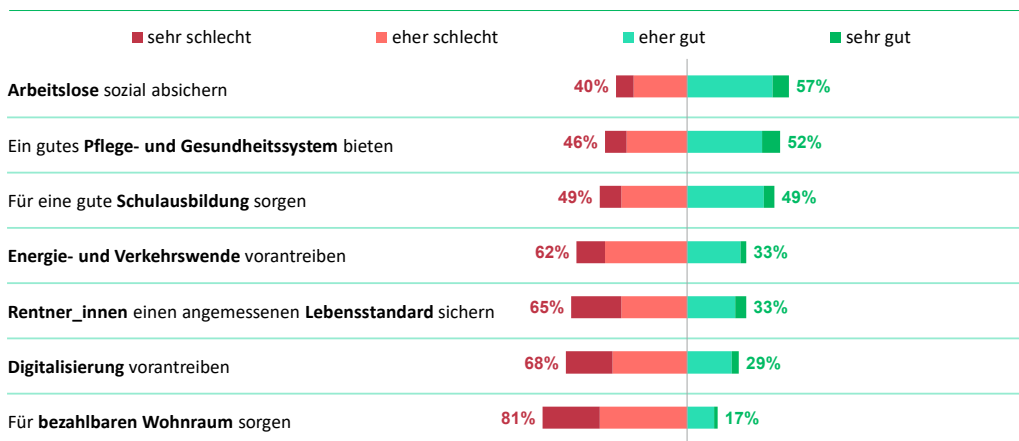
Wenn Sie sich für einen dieser Bereiche entscheiden müssten, in welchen sollte die Politik als erstes investieren?
Und in welchen als zweites?



Basis: alle Wahlberechtigten. Dargestellte Werte: erste und zweite Nennung kombiniert. Fehlende Werte: keiner dieser Bereiche/weiß nicht/keine Angabe. Datengrundlage: Mai 2021.

Abbildung 10: **Zufriedenheit mit der Erfüllung staatlicher Aufgaben**

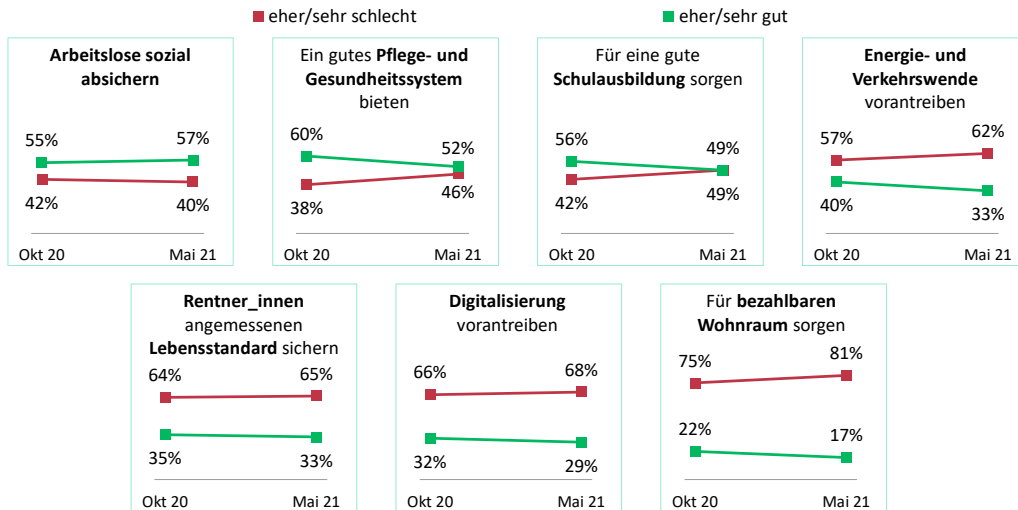
Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aufgaben, ob der Staat diese Ihrer Meinung nach sehr gut, gut, schlecht, oder sehr schlecht erfüllt?



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe. Datengrundlage: Mai 2021.

Abbildung 11: Zufriedenheit mit der Erfüllung staatlicher Aufgaben im Zeitverlauf

Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aufgaben, ob der Staat diese Ihrer Meinung nach sehr gut, gut, schlecht, oder sehr schlecht erfüllt?



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht/keine Angabe.

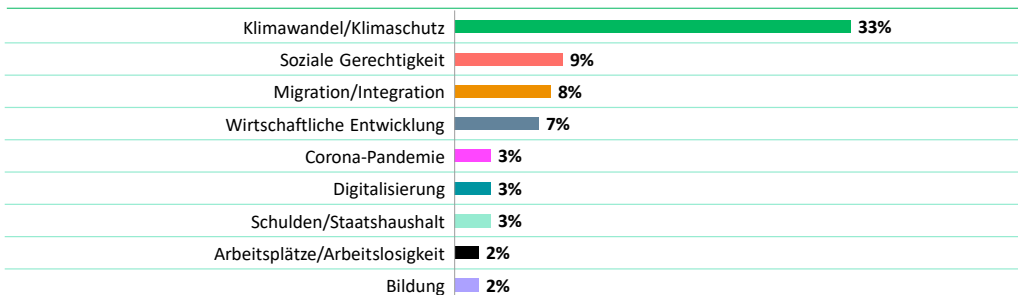
Zukunftsthemen dürfen nicht aus dem Blick geraten

Neben den fehlenden Investitionen, dem fehlenden Plan und dem Missmanagement in der Corona-Krise gibt es aber auch andere wichtige Themen und Probleme, die die Bürger_innen in NRW beschäftigen. Auf der einen Seite gibt es einige Themenfelder, die durch Corona besondere Aufmerksamkeit bekommen haben – vor allem weil die Corona-Pandemie hier offengelegt hat, dass insbesondere in den Bereichen Pflege und Gesundheit sowie Schulen und Digitalisierung Nachholbedarf besteht. Auf der anderen Seite gibt es Problemlagen, die trotz der Corona-Pandemie weiterhin von hoher Relevanz für die Bürger_innen sind.

Gefragt nach der größten Herausforderung der nächsten 10 bis 20 Jahre geben 33 Prozent der Bürger_innen in NRW den Klimawandel an. Ungeachtet der Corona-Pandemie bleibt der Klimawandel für die Bürger_innen demnach mit Abstand die drängendste Herausforderung für Deutschland in den nächsten 10 bis 20 Jahren. Die wichtigsten Themen danach und in etwa jeweils gleich häufig genannt: Soziale Gerechtigkeit, Migration und wirtschaftliche Entwicklung. Hier zeigen sich keine relevanten Verschiebungen bei der Wahrnehmung der größten Zukunftsherausforderung zwischen den beiden Untersuchungszeiträumen.

Abbildung 12: Größte Herausforderung der nächsten 10 bis 20 Jahre

Wenn Sie mal an die nächsten 10 bis 20 Jahre denken, was ist Ihrer Meinung nach die größte Herausforderung für Deutschland?



Basis: alle Wahlberechtigten. Offene Nennung, recodiert in Analyse kategorien. Dargestellt: Alle Nennungen >=3 Prozent unter allen. Datengrundlage: Mai 2021.

4. Fazit: Zukunftsthemen anpacken

Auch wenn es für die abschließende Analyse langfristiger Auswirkungen der Corona-Pandemie noch zu früh ist, konnten mit der vorliegenden Studie Erkenntnisse über Wahrnehmung und Bewertung von Politik und Gemeinschaft im Pandemieverlauf gewonnen werden. Die zwei Messzeitpunkte zu den unterschiedlichen Phasen der Pandemie verdeutlichen, dass die Bürger_innen in NRW zu Beginn der Pandemie positive Erfahrungen gemacht haben, diese aber mit der Zeit immer weiter eingetrübt wurden und im Mai deutlich negativer waren – insbesondere in Bezug auf die Wahrnehmung der Arbeit der Regierung. Der „rally around the flag“-Effekt, also die erhöhte Unterstützung der Regierung in Krisenzeiten, scheint nach einem Jahr Leben in der Pandemie wieder verspielt.

Abschneiden der Politik in der Krise

Das zeigt sich auch in der Bewertung von fast allen Themenbereichen. Vor allem bei Pflege und Gesundheit, aber auch bei Schulen, Wohnraum und Rente sehen die Bürger_innen Investitionsbedarf. In den Bereichen Schulen und Digitalisierung wurde zudem durch die Corona-Pandemie offengelegt, wie groß die Investitionslücken der vergangenen Jahre sind. Die Zufriedenheit in diesen Bereichen hat sich zwischen Oktober 2020 und Mai 2021 deutlich verschlechtert.

Hausaufgaben der neuen Regierung

Bezüglich des gewünschten Politikstils der zukünftigen Regierung herrscht eine klare Meinung: Eine Politik der ruhigen Hand, die Deutschland verlässlich und geruhsam durch die Krisen führt, reicht den Bürger_innen nach einem Jahr Leben in Pandemie nicht mehr aus. Die neue Regierung muss stattdessen anpacken und Ideen für die Zukunft entwickeln. Einige Problemlagen, wie z. B. Soziale Gerechtigkeit benötigen in den nächsten Jahren dringend Aufmerksamkeit durch die Politik. Allen voran braucht es aber Ideen, wie die Klimakrise bewältigt werden kann. Diese gilt den Bürger_innen, ungeachtet der Corona-Pandemie, als die mit Abstand größte Herausforderung der nächsten Jahre für Deutschland.

LITERATUR:

Faus, Rainer; Storks, Simon (2019): Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Sobieraj, André (2021): Die Gesellschaft, in der ich leben möchte. Diskussionspapier des Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro NRW.

Werkmann, Caroline; Wolfs, Laura (2021): Corona als Brennglas. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und politische Erwartungen nach dem Corona-Schock in Nordrhein-Westfalen. Diskussionspapier des Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro NRW.

In der Reihe „Weiterdenken“ sind bereits erschienen:

- C. Krell: Aufstieg ist möglich! – Ist Aufstieg möglich? 2019/1.
- B. Küpper: Einwanderungspolitik für die pragmatische Mitte. 2019/2.
- A. Karačić: Sozialer Fortschritt durch technische Innovation? 2019/3.
- S. Rammler, I. Kollosche, A. Breitzkreuz: Mobilität für alle. 2019/4.
- F. Decker: Vertrauen und Demokratiezufriedenheit an Rhein und Ruhr. 2019/5.
- G. Bellenberg: Gleiche Bildungschancen für alle! 2020/1.
- M. Florack: Sicherheit, Gerechtigkeit und Zusammenhalt. 2020/2
- C. Tribowski: Sozial und Ökologisch! Nachhaltig leben in NRW. 2021/1
- C. Werkmann, L. Wolfs: Corona als Brennglas. 2021/2
- A. Sobieraj: Die Gesellschaft, in der ich leben möchte. 2021/3
- M. Roos, U. Paetzel, A. Knickmeier: Gemeinsam besser ans Ziel. Wie Genossenschaften die Mobilitätswende voranbringen könnten. 2021/4
- G.A. Horn: Vor großen Herausforderungen Eine neue Industriepolitik für NRW 2021/5
- M. Hennicke: Ungleiches Nordrhein-Westfalen. Gleichwertige Lebensverhältnisse und zukünftige Transformationsprozesse in NRW. Was jetzt zu tun ist. 2021/6
- T. Heilmann/A. Kümmerling/T. Rinke: Homeoffice und mobile Arbeit – Potenziale und Handlungsbedarfe. 2021/7

Abrufbar unter: www.fes.de/landesbuero-nrw

Impressum: © Friedrich-Ebert-Stiftung | **Herausgeber:** Landesbüro NRW, Petra Wilke (V. i. S. d. P.), Godesberger Allee 149, 53175 Bonn | Tel.: 0228 883-7202 | Fax: 0228 883-9208 | landesbuero-nrw@fes.de | www.fes.de/landesbuero-nrw | www.facebook.com/FESNRW | twitter.com/FESNRW | **ISBN:** 978-3-98628-108-3 |

Gestaltung: pellens.de | **Druck:** Druckerei Brandt, Bonn | **Fotos:** FES; NRW-Fahne: Yul/fotolia.com; Skyline: Hans-Jürgen Landes; shamm, Tobias Arhelger, Henrik Dolle, photofranz56, elxeneize/fotolia.com; Beeldbewerking, AndresGarciaM/istockphoto.com; birdys/photocase.de; Lokilech, Thomas Wolf/Commons wikimedia.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von den Autor_innen in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

